

# Antrag Nr. 19-F-33-0010

## SPD,CDU

---

### Betreff:

Geschäftsstelle des Ausländerbeirats - Konsequenzen aus dem Revisionsbericht zur Fördermittelvergabe  
-Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 12.06.2019-

### Antragstext:

Basierend auf Beschluss des Revisionsausschusses Nr. 0058 vom 06.06.2018 wurde Revisionsbericht Nr. 18-33-024 erstellt und in ebendiesem Ausschuss für die Beratung am 08.05.2019 zur Kenntnis gegeben. Aufgrund der Gesamtbeurteilung „Mangelhaft“ erscheinen Änderungen insbesondere bei der Fördermittelvergabe dringend angezeigt.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden möge berichten:

1. Ob es bereits personelle Konsequenzen auf der Basis des Revisionsberichts Nr. 18-33-024 gegeben hat oder ob solche geplant sind? Wenn ja - welche? Wenn nein - warum nicht?
2. Wann das gewählte Gremium informiert wird bzw. den Bericht erhält.
3. Welche anderen organisatorischen Konsequenzen werden aus den im Bericht beschriebenen Missständen gezogen, insbesondere
  - a) wie die hohe Anzahl an Rückforderungstatbeständen für die Zukunft vermieden werden kann,
  - b) wie gewährleistet werden kann, dass Rückforderungen schnell und konsequent eingetrieben werden können und seltener auf das Eintreiben verzichtet werden kann,
  - c) ob es mittlerweile Vorgaben für die einheitliche und umfassende Dokumentation aller Unterlagen gibt und wenn nein - wann sie eingeführt werden.

Der Magistrat möge ferner Vorschläge unterbreiten,

4. wie ein Kontrollsystem aussehen könnte, bei dem das Vier-Augen-Prinzip gewährleistet wird. In Anbetracht der Vorgänge in der Vergangenheit erscheint ein solches System unverzichtbar.

Wiesbaden, 12.06.2019

Dr. Bernd Wittkowski  
Fraktionsvorsitzender

Caroline Bosbach  
Fraktionsreferentin

Michaela Apel  
Fachsprecherin

Alexander Hofmann  
Fraktionsreferent